

«Vernünftige Banken geben ihr Geld doch nicht erbschaftsbesteuerten Familien»

Ein Jurist und ein Wirtschaftsprofessor warnen vor der Zukunfts-Initiative der Juso: Nachlässe und Schenkungen über 50 Millionen Franken zu 50 Prozent zu besteuern, wäre ruinös für Familienfirmen, sagen sie im Gespräch mit Katharina Fontana und Chanchal Biswas

Herr Müller, Herr Eichenberger, die Juso-Erbschaftssteuer würde viele Familienunternehmer dazu zwingen, ihre Firma zu verkaufen, sagen Kritiker. Die Jungsozialisten halten das für übertrieben: Unternehmer könnten einen Bankkredit aufnehmen, um die Steuerschuld zu finanzieren. Ist das realistisch?

Matthias Müller: Das funktioniert weder theoretisch noch praktisch. Wir haben fünf grosse Banken angefragt, ob sie die Finanzierung der Steuerschuld über Kredit als mögliche Lösung ansehen. Das Ergebnis ist klar: Vor solchen Krediten würden die Banken wegen der enormen Risiken zurückschrecken. Sollte ein solcher Kredit überhaupt gewährt werden, würde er an sehr strikte Bedingungen geknüpft: Man müsste Unternehmensanteile an die Bank verpfänden und allenfalls weitere Sicherheiten geben.

Ein überparteiliches Komitee hat mit Einverständnis von Alfred N. Schindler durchgerechnet, was die Juso-Erbschaftssteuer für das Unternehmen Schindler bedeuten würde. Die Familie Schindler hält gut 43 Prozent des Aktienanteils, eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent beliefte sich auf etwa 6 Milliarden Franken. Wenn die Erben für diese Summe einen Bankkredit beanspruchen würden, müssten sie der Bank also Schindler-Aktien verpfänden.

Müller: Genau, die Familie Schindler müsste nicht nur Aktien im Wert von 6 Milliarden Franken, sondern alle ihre Aktien in die Hände der Bank geben, weil bei einer Pfändung wohl höchstens 50 Prozent des Wertes angerechnet würden. Bei einem negativen Kursverlauf würde die Bank irgendwann weitere Sicherheiten verlangen oder die Anteile zur Sicherheit verkaufen. Je nachdem könnte die Familie auch die Kontrollmehrheit verlieren. Bei Familiengesellschaften, die nicht an der Börse kotiert sind, stellt sich das Problem, dass die Anteile nicht handelbar sind. Die Bank müsste auch hier mit grossen Abschreibungen rechnen.

Reiner Eichenberger: Vernünftige Banken geben ihr Geld doch nicht erbschaftsbesteuerten Familien, sondern ausländischen Investoren, die der Schweizer Erbschaftssteuer nicht unterliegen und mit den Krediten die Firmen der Erbschaftssteueropfer aufkaufen.

Müller: Laut den von uns angefragten Banken müssten solche Darlehen innert weniger Jahre zurückbezahlt werden. Wir reden hier von enormen Beträgen: 6 Milliarden Erbschaftssteuern bei Schindlers, fast 2 Milliarden bei Spuhlers. Wenn die Juso behaupten, die Familien könnten ihre Steuerschuld locker fremdfinanzieren, dann ist das falsch. Die Fremdfinanzierung eines Milliardenbetrags wäre erstens fast nicht zu erhalten, und zweitens müssten sich die Familien enorm verschulden – so stark, dass in vielen Fällen nur der Verkauf übrigbliebe.

Die Banken könnten die Laufzeit für diese Art von Darlehen erstrecken, auf zwanzig oder dreissig Jahre. Die Erben könnten während dieser Zeit die Dividendenerträge nutzen, um die Kredite zurückzuzahlen.

Eichenberger: Das reicht nicht. Bei marktüblichen Bedingungen – Dividendenrendite 2 Prozent, Bankzinsen 3 Prozent, Einkommenssteuern tiefe 25 Prozent – würden die Eigentümer während rund sechzig Jahren ihre gesamten Dividendenerträge brauchen, um den Kredit abzubezahlen. Und die Dividenden kann man nicht einfach erhöhen, sonst blutet die Firma aus. So oder so kann der Kredit bis zum nächsten Erbgang kaum abbezahlt werden. Damit wäre dann die Familie erledigt.

Wäre es ein gangbarer Weg, dass die Erben nicht direkt bei einer Bank einen



Die Volksinitiative der Juso könnte schon im November 2025 an die Urne kommen.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE



Matthias Müller

Kredit aufnehmen, sondern dass sie von der eigenen Firma das Geld für die Begleichung der Steuerschuld erhalten?

Müller: Vorausgesetzt, das Geld dafür ist vorhanden. Die Gesellschaft könnte den Erben als Aktionäre zwar ein Darlehen geben, aber nur zu Marktbedingungen, wie sie etwa eine Bank gewähren würde – sonst wird es rechtlich umso kritischer. Das heisst: Die Erben müssten Sicherheiten geben, zum Beispiel ihre Aktien der Gesellschaft. Nur: In diesem Fall würde die Gesellschaft als Darlehensgeberin eine Sicherheit an sich selbst erhalten. Das käme einem Blankokredit gleich, was nicht statthaft ist.

Aber könnten die Familien Schindler und Spuhler dem Verwaltungsrat nicht einfach die Konditionen für das Darlehen durchgeben?

Müller: Wenn das Geld nicht zu Marktbedingungen ausgeliehen wird, können Rückerstattungsansprüche gegenüber der Gesellschaft entstehen, weil Geld abfließt, das dieser gehört. Auch die Steuerbehörden würden wohl anknöpfen und prüfen, ob eine verdeckte Gewinnausschüttung vorliegt – mit möglichen Steuerfolgen. Kein Verwaltungsrat würde sich auf so etwas einlassen wollen.

Die Juso nehmen Südkorea als Vorbild. Die Erben des 2020 verstorbenen Samsung-Chefs müssen 50 Prozent Erbschaftssteuer zahlen, das sind rund 8,5 Milliarden Franken. Das zeige, dass eine solche Erbschaftssteuer möglich sei, ohne das Unternehmen zu verkaufen, sagen die Initianten.

Müller: Das stimmt nicht: Die Samsung-Erben mussten Aktien im Wert von 2 Milliarden Dollar verkaufen, um einen Teil der Steuer bezahlen zu können.

Eichenberger: Samsung ist ein Sonderfall. Seine Eigner und der Staat Korea hatten sehr spezielle Beziehungen. Der Patron war jahrelang bittlägerig, der Haupterbe oft im Gefängnis und vor Gericht. Da ist Auswandern schwierig. Familien, die politisch frei sind, würden



Reiner Eichenberger

den Erbfall kaum passiv abwarten. Deshalb beträgt auch in Korea der Anteil der Erbschaftssteuern an den Gesamtsteuereinnahmen – der international höchste – nur 1,5 Prozent! Erbschaftssteuern bringen halt einfach nur wenig Ertrag bei grossen Schäden.

Wenn die Unternehmererben keinen Kredit zur Begleichung der Steuerschuld bekommen, weder von der Bank noch von der Firma selbst, heisst das: auswandern oder einen Teil des Familienunternehmens verkaufen.

Eichenberger: Mit der Juso-Erbschaftssteuer würde ihnen der Staat etwa alle dreissig Jahre die Hälfte ihres Familienunternehmens und Gesamtvermögens wegnehmen, zuerst den Eltern, dann den Kindern, dann den Grosskindern. Und das, obwohl die Schweiz schon die höchste Vermögenssteuer Europas hat. Das heisst: Die Reichen müssen gehen – und das ist ganz einfach für sie.

Warum?

Eichenberger: Reiche besitzen in der Regel mehrere Liegenschaften in verschiedenen Ländern. Sie können den Wohnsitz von heute auf morgen ins erbschaftssteuerfreie Kitzbühel verlegen und trotzdem in einem Schweizer Spital sterben. Sie müssen nur darauf achten, nicht regelmässig mehr als die Hälfte des Jahres in der Schweiz zu verbringen.

Der Bundesrat verweist auf Studien zu Italien, laut denen es für Familienfirmen auch eine Chance sein könne, wenn sie in andere Hände ausserhalb der Familie übergängen.

Eichenberger: Oh, Steuern als Chance? Aber leider nur für die Firma und nicht für die Eigentümer. Diese werden die Schweiz bei Einführung der Erbschaftssteuer verlassen, und dazu werden ihnen auch alle raten: Die Erben, der Familienanwalt, die Firmenanwälte, die drei Hausbanken. Sie alle haben ein Interesse daran, dass das Geld in der Familie bleibt, auch weil sie daran verdienen.

Reicht es, wenn allein der Erblasser ins Ausland zieht? Könnte die Firma den Sitz in der Schweiz behalten?

Eichenberger: Ja. Der Erblasser zieht ins Ausland und macht aus seiner Firma eine Aktiengesellschaft. Und dann verschenkt er die Anteile aus dem Ausland heraus an die Familienmitglieder in der Schweiz. Dann ist die Transaktion steuerfrei. Den Wegzug müssen notabene auch Jungunternehmer schon planen.

Jungunternehmer sind in der Regel nicht vermögend.

Eichenberger: Aber sie wollen, dass ihre Firma schnell sehr wertvoll wird. Einzelne schaffen das und haben dann relativ grosse Vermögen. Sobald sich diese der Grenze von 50 Millionen annähern, müssten die Unternehmer gehen. Sonst droht mit ihrem Tod auch ihre Firma unterzugehen. Die USA oder Singapur empfangen diese Unternehmer mit offenen Armen. Und sollte die Schweiz eine Wegzugssteuer einführen, dann müssten sie umso schneller und erst recht gehen.

Müller: Und die Schweiz verliert massiv an Steuersubstrat, diese Perspektive geht gerne vergessen. Im Kanton Nidwalden etwa wohnen 100 Leute, die über ein Vermögen von über 50 Millionen Franken verfügen. Der Nidwaldner Regierungsrat hat ausgerechnet: Wenn diese gehen, implodieren die Einnahmen aus Einkommens- und Vermögenssteuern. Der kantonale Steuersatz müsste um 30 Prozent steigen, der Tarif in der Gemeinde Hergiswil würde sich sogar verdoppeln. Auf den Wegzug der Reichen folgt eine massive Steuererhöhung für den Mittelstand.

Die Reichen in der Schweiz bezahlen heute schon hohe Einkommens-, Vermögens- und auch kantonale Erbschaftssteuern. Warum ziehen sie nicht weg? Oder anders gefragt: Was hält die Reichen im Land?

Müller: Die Schindlers und die Spuhlers haben eine starke Verbundenheit mit dem Land. Wie viele andere Unternehmer auch. Es ist ihre Heimat. Sie sind hier aufgewachsen, sprechen die Sprache, die Kinder sind hier zur Schule gegangen. Die Firmen sind auch dank der Belegschaft hier gross und erfolgreich geworden. Diese Beziehung zur Schweiz gibt man nicht einfach so auf. Ausser man wird durch eine konfiskatorische Steuer dazu gezwungen.

Eichenberger: Bei aller Liebe zur Schweiz: Die meisten Kantone sind für reiche Schweizer schon jetzt steuerlich wenig attraktiv. Aber zum Glück schauen Unternehmer auf das Preis-Leistungs-Verhältnis des Standorts. Dieses muss unbedingt weiter verbessert werden.

Müller: Die Erbschaftssteuer trifft die Unternehmer ganz persönlich: Wenn ihre Leistung zu 50 Prozent wegbesteuert wird, werden das sehr viele nicht akzeptieren und wegziehen.

Eichenberger: Sie würden dann zu Recht sagen: Das ist nicht mehr meine geliebte Schweiz. Die Initiative würde Wohlstand in unglaublichem Ausmass vernichten. Dass die Juso gerne den Bürgerschreck geben, mag man ihnen aufgrund ihres Alters noch verzeihen, dass aber auch die SP als Bundesratspartei eine solche Idee unterstützt, ist mehr als bedenklich.

Ihre Prognose: Wie geht der Urnengang über die Juso-Initiative aus?

Eichenberger: Sie wird, bei vernünftiger Diskussion, abgeschmettert werden. Trotzdem darf man ihre Aussenwirkung nicht unterschätzen. Die unsachliche Hetze gegen Reiche wird im Ausland wahrgenommen und schreckt leistungsbereite Menschen ab.

Müller: Ich hoffe, dass die Initiative wuchtig verworfen wird. Sie hat jetzt schon einen immensen Reputations-schaden angerichtet.